

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 10

SPD

Dezember 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Tage hat die Aktionsplattform „Campact“ wieder eine Aktion gestartet: Bürgerinnen und Bürger sollten sich an ihre SPD-Abgeordneten wenden, damit wir in der Fraktionssitzung bei einer Abstimmung über das europäisch-kanadische CETA nicht zustimmen. Soweit, so gut. NUR: Es stand und steht gar keine Abstimmung über CETA an. Das Abkommen ist in den Grundlinien verhandelt und wird derzeit auf EU-Ebene in alle Sprachen übersetzt, damit es dort vom Europarat und vom europäischen Parlament dann beraten werden kann. Das wird voraussichtlich frühestens im Sommer 2015 der Fall sein! Über unser Wirtschaftsministerium haben wir bereits auf EU-Ebene den Änderungswunsch eingebracht, gegenüber Kanada weder Investorenschutzklauseln noch Schiedsgerichte aufzunehmen. Nun gilt es, dafür in Europa auch andere Länder als Mitstreiter zu gewinnen. Bis der Bundestag über das Abkommen abstimmt, wird mit Sicherheit noch mindestens ein Jahr ins Land gehen.

So sinnvoll es ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen an uns wenden, so unseriös sind solche Kampagnen. Leider ist es in meinem Themenbereich bereits das zweite Mal in kurzer Zeit, dass „Campact“ eine falsche Behauptung zur Kampagne macht. Schon im Vorfeld der Fußball-WM wurde behauptet, dass die Regierung die WM nutzen würde, um ein Gesetz durchzupeitschen, das Fracking erlaubt. Nun wollen wir zum einen ein Gesetz machen, das Fracking unter so hohe Auflagen stellt, dass es in Schiefergas praktisch verboten wird. Der Gesetzentwurf wird im Februar 2015, also Monate nach der WM, überhaupt erst ins Kabinett eingebracht und dann in aller Ruhe mit allen notwendigen Anhörungen vom Parlament beraten. Da auch viele SPD Mitglieder über



die Campact-Plattform ihre Informationen beziehen und auch ich selbst in der Vergangenheit bereits öfter an solchen Aktionen teilgenommen habe, ist es mir ein Bedürfnis, euch auf diese leider negative Entwicklung hinzuweisen. Ich hoffe, es gelingt durch kritische Begleitung der Plattform, dass auch dort wieder besser recherchiert wird, bevor Kampagnen starten.

Die Begleitung durch kritische Bürgerinnen und Bürger ist gut und wichtig und wir freuen uns über alle, die sich um politische Themen kümmern.

Insofern hat die Aktion trotz des Fehlalarms auch ihr Gutes. Und vielleicht gibt es ja einmal eine Kampagne **für** ein friedliches Zusammenleben und **für** die Akzeptanz von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, die eine andere Sprache sprechen oder die eine andere Religion haben als die Mehrheit der Deutschen. Das finde ich angesichts der Demonstrationen von rechtsextremen und sogenannten besorgten Bürgern und angesichts des Erstarkens der AfD nämlich eine richtig große Herausforderung für unsere

Demokratie und für die Menschlichkeit in unserem Land.

Es warten weiter viele Aufgaben auf uns und ich wünsche allen ruhige und friedvolle Feiertage und einen guten Start in ein Neues Jahr 2015, das vor allem mehr Frieden bringen mag, als derzeit leider weltweit zu erleben ist.

Herzliche Grüße

Besserer Verbraucherschutz für AllergikerInnen

Letzte Woche wurden im Europäischen Parlament neue Regeln zur Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln beschlossen. Damit soll der Gesundheitsschutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern erhöht werden. Künftig müssen die 14 wichtigsten Stoffe, die im Verdacht stehen, Allergien auszulösen, fett gedruckt angegeben werden. Dazu gehören unter anderem Eier, Fisch, Milch, Nüsse, Sellerie, Sojabohnen, Sulfite und Senf.

Die Kennzeichnungspflicht gilt nicht nur für Geschäfte wie Bäckereien, sondern auch Restaurants und Kantinen. Ab Dezember 2016 werden die bisher freiwilligen Nährwertangaben verpflichtend.

Ehrenamtlich tätige Privatpersonen sind davon ausdrücklich ausgenommen. So müssen auch künftig Kuchenbuffets beispielsweise an Schulen und Kindergärten nicht ausfallen.

→ [Mehr zum Thema...](#)



Endlich Mindestlohn!

Das Jahr 2015 startet mit einem wichtigen Gesetz: Nach über zehnjähriger Kraftanstrengung kommt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde am 1.1.2015 für rund 3,7 Millionen Beschäftigte in unserem Land. Das ist ein historischer Meilenstein in der Arbeitsmarktpolitik, von dem auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Stuttgart profitieren. Lohndumping gehört endlich der Vergangenheit an. Der Mindestlohn schützt auch unsere ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die schon immer gute Löhne gezahlt haben. Sie müssen jetzt nicht mehr mit Betrieben konkurrieren, deren Geschäftsmodell vor allem auf Dumpinglöhnen basiert.

Bürgeranliegen

Diesen Monat erreichten uns verstärkt Zuschriften zum Thema CETA/TTIP. Darüber hinaus standen unter anderem die Themen EEG, Straßenhunde in Rumänien und die Frage um die Zukunft der Hebammen im Fokus.

Nur wenige der weltweiten Flüchtlinge landen in Europa

Das Beispiel syrischer Flüchtlinge zeigt: Die meisten bleiben in den Nachbarstaaten ihres Heimatlandes, nur 4 Prozent von ihnen haben Zuflucht in Europa gesucht. Derzeit sind laut UNHCR weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten wurden von Pakistan, Iran, Libanon, Jordanien und der Türkei aufgenommen.

In Deutschland finden zwar die meisten Flüchtlinge innerhalb der EU-Länder Zuflucht. Gemessen aber an der Gesamtbevölkerung nehmen Schweden, Österreich oder Ungarn deutlich mehr Flüchtlinge auf.

→ [Mehr zum Thema...](#)

Rentenversicherung steht auf solidem Fundament

Der Rentenversicherungsbericht 2014 zeigt, dass die Leistungen verlässlich und solide finanziert sind. Heute verfügt die Deutsche Rentenversicherung über eine Rekordrücklage von 33,5 Milliarden Euro. Diese gute Finanzlage ermöglicht es uns, den Rentenbeitragssatz zum 1. Januar 2015 um 0,2 Punkte zu senken und so die

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch die Wirtschaft zu entlasten. Was die Rente mit 63 angeht, ging das Ministerium von 240.000 Antragstellern aus, bisher sind jedoch erst 163.000 Anträge auf die Rente mit 63 eingegangen.

→ [Mehr zum Thema...](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

